

URGENT ACTION

FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN!

AUSTRALIEN

UA-Nr: **UA-184/2017-2** AI-Index: **ASA 12/7380/2017** Datum: **3. November 2017** – ar

FLÜCHTLINGE UND ASYLSUCHEDE AUF DER INSEL MANUS IN PAPUA-NEUGUINEA

Am 31. Oktober stoppte die australische Regierung alle grundlegenden Versorgungsleistungen für eine Flüchtlingseinrichtung auf dem Marinestützpunkt Lombrum auf der Insel Manus. Es besteht daher Sorge um die Sicherheit und Gesundheit Hunderter Flüchtlinge. Sie haben nur eingeschränkt Zugang zu Nahrung, Wasser, Strom und medizinischer Versorgung. Zudem drohen den Flüchtlingen und Asylsuchenden gewalttätige Übergriffe seitens der Lokalbevölkerung und der papua-neuguineischen Sicherheitskräfte.

Am 31. Oktober stoppte die australische Regierung für eine Flüchtlingseinrichtung auf dem Marinestützpunkt Lombrum auf der papua-neuguineischen Insel Manus alle grundlegenden Versorgungsleistungen und zog auch ihr Personal von dort ab. Die Einrichtung besteht seit fast fünf Jahren und ist Teil des australischen Verfahrens zur Abfertigung von Asylsuchenden außerhalb der Landesgrenzen, welches von Amnesty International als grausam und rechtswidrig betrachtet wird. Betroffen sind mehr als 600 Personen. Ihnen ist mitgeteilt worden, dass sie in sogenannte Transitlager umziehen sollen, die jedoch derzeit zu klein sind und keine angemessene Sicherheits- und Gesundheitsausstattung vorweisen können.

Hunderte Flüchtlinge und Asylsuchende, die sich derzeit noch in der Einrichtung Lombrum aufhalten, wollen aus Angst um ihre persönliche Sicherheit nicht umziehen. In der Stadt Lorengau, wo sich eines der Transitlager befindet, sind Flüchtlinge in der Vergangenheit z. T. mit Macheten angegriffen und schwer verletzt worden. Weder die papua-neuguineische noch die australische Regierung haben angemessene Maßnahmen ergriffen, um die Flüchtlinge vor derartigen Gewalttaten zu schützen.

In der letzten Oktoberwoche erhielten Flüchtlinge und Asylsuchende Medikamente auf Vorrat für den nächsten Monat. Seitdem hat Amnesty International Berichte über zwei medizinische Zwischenfälle erhalten, bei denen keine ärztliche Hilfe geleistet wurde: im ersten Fall ging es um eine Person mit Epilepsie, im zweiten Fall um eine versuchte Selbstverletzung.

Am 31. Oktober wurde die Versorgung der Einrichtung Lombrum mit Wasser, Nahrungsmitteln und Strom eingestellt. Seither herrscht dort Wassermangel, und die Bewohner_innen müssen nach Trinkwasser graben und Regenwasser in Mülltonnen auffangen. Amnesty International fürchtet um die Gesundheit und das Wohlergehen der Betroffenen, da sich die sanitären Bedingungen zunehmend verschlechtern und keine medizinische Versorgung geleistet wird.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im August 2012 führte Australien die Praxis der Inhaftierung außerhalb der Landesgrenzen ein. Seitdem werden alle Menschen, die über den Seeweg Außengebiete des australischen Hoheitsgebiets erreichen, in Einrichtungen für Asylverfahren in dem kleinen Inselstaat Nauru oder in Papua-Neuguinea inhaftiert. Mitte des Jahres 2013 erließ Australien weitere Gesetze, die zur Folge haben, dass jeder Mensch, der über den Seeweg australisches Hoheitsgebiet erreicht, dort kein Asyl beantragen kann. Die australische Regierung machte geltend, dass diese Regelung Schlepper_innen abschrecken und Menschen schützen würde, die sonst vielleicht die gefährliche Seereise nach Australien auf sich genommen hätten. Die Regierung gesteht bisher nicht öffentlich ein, dass diese Regelung die Betroffenen bestraft und bereits Tausende Männer, Frauen und Kinder systematischen Menschenrechtsverletzungen auf Manus in Papua-Neuguinea und auf Nauru aussetzt.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Asylsuchende und Flüchtlinge werden aufgrund eines bilateralen Abkommens zwischen Australien und Papua-Neuguinea auf die Insel Manus geschickt. Fast 800 Flüchtlinge und Asylsuchende befinden sich zurzeit in Papua-Neuguinea. Auf der Insel Manus gab es bisher zwei Einrichtungen: Eine, die sich in der Stadt Lorengau befindet, und eine auf dem Marinestützpunkt Lombrum.

Die Einrichtung in Lorengau (East Lorengau Transit Centre) soll ursprünglich gebaut worden sein, um 300-400 Menschen dort unterzubringen. Zurzeit befinden sich jedoch insgesamt etwa 700 Menschen auf der Insel Manus, verteilt auf zwei Einrichtungen: eine in der Stadt Lorengau und eine auf dem Marinestützpunkt Lombrum. Die Verbringung der Menschen von Lombrum nach Lorengau würde zu einer gefährlichen Überbelegung führen. Darüber hinaus wären die Asylsuchenden in der Einrichtung in Lorengau auch näher an der lokalen Bevölkerung, von der in der Vergangenheit bereits Angriffe auf Flüchtlinge verübt wurden. Gewaltausbrüche in jüngster Zeit haben die Befürchtungen der Flüchtlinge über die Verbringung nach Lorengau weiter verstärkt. Auf der Insel Manus gibt es vier Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylsuchende: die ursprüngliche Hafteinrichtung, von der australischen Regierung „regionales Abfertigungszentrum“ genannt, die sich auf dem Marinestützpunkt Lombrum befindet (etwa 20 km von Lorengau entfernt, der größten Stadt auf Manus); die Einrichtung in Lorengau (East Lorengau Transit Centre – etwa 5 km von Lorengau entfernt); sowie zwei neue Einrichtungen am selben Standort, nämlich dem Bezirk Ward One, etwa 10 km von Lorengau entfernt, bekannt als „Hillside Haus“ und „West Lorengau“. Die beiden neuen Einrichtungen werden derzeit noch gebaut und sind noch nicht bezugsfertig.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Sorgen Sie bitte dafür, dass alle Flüchtlinge und Asylsuchenden unter angemessenen Bedingungen untergebracht werden. Hierzu zählt auch das Bereitstellen von angemessener medizinischer Versorgung sowie Sanitäreinrichtungen, Wasser und Nahrung, Strom und anderen wichtigen Versorgungsleistungen.
- Sorgen Sie für die Sicherheit aller Flüchtlinge und Asylsuchenden und schützen Sie sie vor gewalttätigen Übergriffen durch die Lokalbevölkerung, Sicherheitskräfte oder private Sicherheitsleute.
- Bringen Sie bitte alle Betroffenen nach Australien und stellen Sie sicher, dass alle, denen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde, das Recht haben, sich in Australien oder Drittstaaten niederzulassen.

APPELLE AN

MINISTER FÜR EINWANDERUNG UND STAATSBÜRGERSCHAFT

Mr Peter Dutton
PO Box 6022, Parliament House
Canberra ACT 2600, AUSTRALIEN
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
Fax: (00 61) 2 6273 4144
E-Mail: minister@border.gov.au

MINISTER FÜR EINWANDERUNG UND GRENZSCHUTZ IN PAPUA-NEUGUINEA

Mr Petrus Thomas
National Parliament, Parliament House
Waigani, Port Moresby, NCD
PAPUA-NEUGUINEA
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)

KOPIEN AN

AUSSENMINISTERIN AUSTRALIENS

Ms Julie Bishop
PO Box 6022
House of Representatives, Parliament House
Canberra ACT 2600
AUSTRALIEN
Fax: (00 61) 2 6273 4112
E-Mail: Julie.Bishop.MP@aph.gov.au

BOTSCHAFT VON AUSTRALIEN

I. E. Frau Lynette Margaret Wood
Wallstraße 76 – 79
10179 Berlin
Fax: 030 880 088 210
E-Mail: info.berlin@dfat.gov.au

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **15. Dezember 2017** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-184/2017** (ASA 12/6899/2017, 9. August 2017 und ASA 12/7222/2017, 6. Oktober 2017)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Ensure all refugees and asylum-seekers have access to acceptable living conditions, including access to adequate medical care, sanitation, food and water, electricity and other essential facilities.
- Ensure the safety and security for all refugees and asylum-seekers, including from violence by local communities, security forces or private security contractors.
- Immediately bring all men to Australia and ensure all those granted refugee status have the right to settle in Australia or safe third countries.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Am 26. April 2016 entschied der Oberste Gerichtshof von Papua-Neuguinea, dass die Verbringung und Inhaftierung von Asylsuchenden auf die Insel Manus rechtswidrig ist und gegen das Recht auf persönliche Freiheit verstößt, welches in der Verfassung von Papua-Neuguinea verbrieft ist. Dies führte dazu, dass der australische Einwanderungsminister ankündigte, die Einrichtung auf dem Marinestützpunkt Lombrum zu schließen. Die dort festgehaltenen Menschen wolle er jedoch nicht nach Australien bringen.

Einige Anwohner_innen sowie Angehörige der Polizei und der Streitkräfte auf Papua-Neuguinea setzen die Flüchtlinge immer wieder körperlichen Angriffen und Beschimpfungen aus. Dadurch befinden sich die Flüchtlinge in einer äußerst prekären Lage. Jedoch ist es keine Option, Papua-Neuguinea zu verlassen, es sei denn sie würden in die Länder zurückgehen, aus denen sie ursprünglich geflohen sind. Ohne die Erlaubnis der Einwanderungsbehörde dürfen Flüchtlinge weder arbeiten noch in andere Teile Papua-Neuguineas reisen. Amnesty International hat zahlreiche Fälle von gewalttätigen Übergriffen dokumentiert, darunter einen am 14. April, als papua-neuguineische Soldat_innen mehrmals auf die Flüchtlingseinrichtung Lombrum schossen.

Sowohl die australische als auch die papua-neuguineische Regierung sind für die Sicherheit und die Einhaltung der Rechte der Flüchtlinge und Asylsuchenden verantwortlich. Die Einrichtung auf dem Marinestützpunkt Lombrum wurde bis zum 31. Oktober von der australischen Regierung unterhalten. Amnesty International hat bereits in der Vergangenheit die Schließung der Einrichtung auf der Insel Manus und die sichere Verbringung aller Flüchtlinge und Asylsuchenden nach Australien gefordert. Die Schließung der Einrichtung Lombrum, um die Flüchtlinge in sogenannte Transitlager zu bringen, stellt jedoch eine noch größere Bedrohung ihrer Menschenrechte dar. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) hat sich öffentlich zur Situation auf Manus geäußert und seine Sorge über die Verschlechterung der Situation zum Ausdruck gebracht. Er sagte, dass die geplante Schließung der Einrichtung auf Manus nur dann stattfinden dürfe, wenn die australische Regierung weiterhin alle notwendigen Grundleistungen für die Flüchtlinge und Asylsuchenden, die sie nach Papua-Neuguinea und Nauru gebracht hat, bereitstellt.

